

Orthodoxe wollen Anerkennung

Die orthodoxen Kirchgemeinden im Kanton Zürich gründen einen Dachverband. Dies soll der erste Schritt auf dem Weg zur staatlichen Anerkennung sein. Jedoch sind die Hürden hoch.



Im September soll in der griechisch-orthodoxen Kirche in Zürich der Gründungsakt der orthodoxen Dachorganisation erfolgen. (mts)

Zwingli-Zürich war einmal. Die Globalisierung hat längst auch die Religionsvielfalt vergrössert. Doch staatlich anerkannt sind im Kanton Zürich bislang nur fünf alteingesessene Glaubensgemeinschaften: von alters her die reformierte Landeskirche, seit 1963 auch ihr katholisches Pendant sowie die Christkatholiken und seit 2006, als die neue Kantonsverfassung in Kraft trat, auch die Israelitische Cultusgemeinde und die Jüdisch-Liberale Gemeinde.

Nun gibt es auch bei den orthodoxen Christen konkrete Bestrebungen, um dereinst staatliche Anerkennung zu bekommen: «Im September ist die offizielle Gründung eines orthodoxen Dachverbandes geplant», sagt auf Anfrage Shnorh Tchekidjian, Pfarrer der armenisch-apostolischen Kirche in Zürich. «Das ist ein erster Schritt in Richtung staatliche Anerkennung.» Stattfinden soll der Gründungsakt in der griechisch-orthodoxen Kirche, einem prächtigen weissen Kuppelbau nahe der Zürcher Kornhausbrücke.

Aus verschiedensten Ländern

Tchekidjian schätzt, dass bis zu 200 000 orthodoxe Christen im Kanton Zürich leben; genaue statistische Angaben gibt es nicht. Sie kommen aus verschiedensten Ländern. Entsprechend zersplittert ist denn auch bislang ihre kirchliche Organisation: So gibt es eine russisch-, eine griechisch-, eine serbisch-, eine rumänisch-, eine syrisch-, eine koptisch- und eine eritreisch-orthodoxe sowie eine armenisch-apostolische Kirchgemeinde.

Das Streben nach staatlicher Anerkennung begründet Tchekidjian in erster Linie mit der grossen Anzahl orthodoxer Christen im Raum Zürich. Auch im Hinblick auf Dienstleistungen in staatlichen Institutionen, etwa der Spitalseelsorge, wäre sie relevant und für die Zusammenarbeit der Gemeinden untereinander nützlich. Finanzielle Überlegungen stecken laut Tchekidjian aber nicht dahinter.

Auch finanzielle Vorteile

Dennoch brächte die Anerkennung auch finanzielle Vorteile. Die Kirchensteuern fliessen zwar ausschliesslich in die Kassen der anerkannten öffentlich-rechtlichen Körperschaften der Reformierten, Katholiken und Christkatholiken. Doch auch die privatrechtlich organisierten beiden anerkannten jüdischen Gemeinden erhalten Staatsbeiträge – derzeit jährlich insgesamt 250 000 Franken, wie Andreas Müller von der Direktion für Justiz und Inneres auf Anfrage sagt. Die Beiträge hängen von der Mitgliederzahl ab und dürfen nur für Leistungen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung eingesetzt werden. Müller bestätigt, dass von Orthodoxen letztes Jahr eine Anfrage einging, wie das Verfahren zur staatlichen Anerkennung aussehe. «Ein eigentliches Anerkennungsverfahren gibt es allerdings nicht.» Vielmehr erfordert die Anerkennung zusätzlicher Religionsgemeinschaften eine Verfassungsänderung. Und: Sie kommt nur infrage, wenn die betreffende Religionsgemeinschaft demokratisch strukturiert ist und ihre Buchhaltung offenlegt. Auch Verfassungsgrundsätze wie die Gleichbehandlung von Mann und Frau müssen gewährleistet sein.

Mit anderen Worten: Der Weg zur staatlichen Anerkennung ist hürdenreich und lang. Die Orthodoxen haben ihn mit dem geplanten Zusammenschluss nun in Angriff genommen.

Muslime warten ab

Grundsätzlich daran interessiert wären auch die muslimischen Gemeinden, so Muhammad Hanel, Sprecher der Vereinigung der Islamischen Organisationen in Zürich. «Aber momentan haben wir keine konkreten Schritte in diese Richtung geplant.»

Matthias Scharrer

LESERKOMMENTARE

Aktuell keine Kommentare vorhanden